

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 20.— Mk., vierteljährlich 60.— Mk., halbjährlich 120.— Mk., jährlich 240.— Mk. — Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
 ♦♦♦♦♦ der Freien Stadt Danzig ♦♦♦♦♦
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene Zeile 5.— Mk., von auswärts 7.— Mk., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 15.— Mk., von auswärts 20.— Mk., Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 145

Freitag, den 23. Juni 1922

13. Jahrgang

Eine neue Bluttat der Sinnfeiner.

Der englische Marschall Wilson ermordet.

Der Marschall Sir Harry Wilson, der englische Oberkommandierende in den letzten Kriegsjahren, wurde gestern nachmittag auf seinem Landhause bei London von zwei Männern erschossen. Die beiden Täter wurden nach heftiger Gegenwehr verhaftet. Es handelt sich um einen politischen Mordakt irischer Republikaner.

Im englischen Oberhaus gab der Vorkanzler folgenden Bericht über die Bluttat: Um 2,20 Uhr nachmittags wurde der Beschäftigungslose O'Brien (24 Jahre) und der Beschäftigungslose O'Connell beobachtet, wie sie aus dem Hause Eaton-Place 18 eilfertig entflohen. Sie wurden von einem Polizeibeamten verfolgt. Dieser erhielt einen Schuß in den Unterleib und wurde schwer verletzt. Ein anderer Beamter, der die Verfolgung fortsetzte, wurde am Bein verwundet. Beide befanden sich im Hospital, ebenso ein Zivilist, der sich an der Verfolgung beteiligte. Mehrere anderen Polizeibeamten gelang es dann, die beiden Flüchtlinge zu erreichen und festzunehmen. Sie leisteten den Beamten heftigsten Widerstand. Es wurden bei ihnen Papiere gefunden, aus denen hervorzugehen scheint, daß sie der irischen republikanischen Armee angehören. Der Körper des Marschalls wurde dreimal getroffen. Ein Schuß hat das Bein durchbohrt, ein anderer den Arm, ein dritter den Leib. Ein Arbeiter, der Augenzeuge des Attentats war, berichtet, daß die beiden Täter drei Schüsse abgaben in dem Augenblick, wo er das Auto verlassen hatte und sich in seine Wohnung begeben wollte. Nach den ersten beiden Schüssen eilte der Marschall auf die Tür seines Hauses zu und versuchte sie zu öffnen. Hierauf fiel der dritte Schuß, worauf der Marschall zurücktaumelte und zusammenbrach.

Ueber die Motive zu der Bluttat wird aus Londoner parlamentarischen Kreisen gemeldet: Der Marschall hatte sich in letzter Zeit in mehreren öffentlichen Reden als Gegner der Versöhnungspolitik des Kabinetts Lloyd George erklärt. Die Regierung von Belfast habe sich deshalb an Wilson gewandt, um einen Plan zur Sicherung der Grenze und der inneren Ruhe des Ulstergebietes auszuarbeiten. Wilson folgte dieser Aufforderung und machte Vorschläge zu einer radikalen Entwaffnung der Freischaren. Die Ulsterregierung führte diese Vorschläge jedoch nur in sehr gemildeter Form durch. Die Mörder Wilsons sind zweifelsohne unter den terroristischen Elementen der Sinnfeiner zu suchen. Ein weitgehender Einfluß dieser Elemente auf die Bevölkerung Irlands ist jedoch nicht vorhanden. Man rechnet damit, daß insigne des Attentats das Dubliner Kabinett unter Führung von Collins energisch durchgreifen und die südlichen Freischaren entwaffnet werden. Die Einführung einer regulären Truppe in Süd-Irland wird die erste Aufgabe des neuen Parlamentes sein.

Die Wahlen in Irland.

Niederlage der Vertraggegner.

Nach einer Neuter-Meldung aus Dublin haben nach der bisher bekannten Ergebnisse der irischen Wahlen die vertragstreundliche Koalition 47, die republikanische Koalition 26, die Arbeiterpartei 10, die Unabhängigen 12 und die Partei des Trinity College in Dublin 4 Stimmen erhalten. Mehrere Mitglieder der Arbeiterpartei und der Unabhängigen sowie alle Mitglieder der Partei des Trinity College sind Anhänger des Vertrages. Griffith ist Spitzenkandidat in der Grafschaft Cavan. Eine Reihe anderer bei nter Anhänger des Vertrages sind gewählt worden.

Die Zwangsanleihe in Deutschland.

Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen wurde der deutschnationale Gegenentwurf eines Gesetzes über die Zwangsanleihe abgelehnt. Eine ausführliche Debatte entspann sich darüber, ob der Betrag, den die Zwangsanleihe erbringen soll, auf den Gegenwert von 1 Milliarde Gold festzusetzen sei, oder mit einem entsprechenden Betrage Papiermark. Reichsfinanzminister Dr. Herms war der Auffassung, daß es nicht erforderlich sei, den Ertrag der Zwangsanleihe im Gesetzentwurf zahlenmäßig zu begrenzen, da eine solche Begrenzung bereits im Gesetz über Änderungen im

Finanzwesen stehe. Der Reichsfinanzminister erklärte weiter, daß er starke Bedenken habe, für die Errechnung der Höhe des Gegenwertes von 1 Milliarde Goldmark einen in der Zukunft liegenden Stichtag zugrunde zu legen, weil dadurch eine riesenhafte Devisenspekulation geradezu geächtet werden würde. Dagegen müsse er sich mit der Festlegung eines bestimmten Papiermillardenbetrages einverstanden erklären. Wenn dann über diesen Betrag eingegangene Beträge erstattet werden sollten, müßte bei Eingang eines geringeren Betrages eine Nacherhebung erfolgen.

Berlin, 22. Juni. Das Reichskabinett hat gestern den zwischen dem Gesandten von Madrid und dem polnischen Vizeminister Seyda abgeschlossenen Anleihevertrag über Oberschlesien angenommen. Der Vertrag ist sofort dem Reichstage zugegangen, der ihn in einer der nächsten Sitzungen behandeln wird.

Die internationale Anleihe.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet: In maßgebenden Kreisen werde versichert, daß eine Anleihe für Deutschland unmittelbar notwendig sei. Die französische Ansicht sei, daß nichts getan werden sollte, um zu verhindern, daß beträchtliche Summen aufgenommen würden. In gut unterrichteten Kreisen sei man der Ansicht, daß Poincaré und Lloyd George eine Vereinbarung in dieser Frage erzielt hätten. Die Einladung an die Bankiers werde daher wahrscheinlich zu einem viel früheren Zeitpunkt erfolgen, als bei der Vertagung des Bankierausschusses angenommen wurde.

Die Uebernahme des deutschen Oberschlesiens.

Reaktionärer Flaggenkandal.

In Leobschütz wurde gestern vormittag auf dem Hause des Kreiscontrollieurs die deutsche Flagge gehißt, nachdem die Fahnen der Alliierten gesenkt waren. Die Besatzungsgruppen marschierten darauf aus Leobschütz ab. Heute werden die Räumungsmaßnahmen in der zweiten Zone beendet sein. Heute beginnen auch die Räumungsmaßnahmen in der dritten Zone. In dieser Zone liegen Rosenberg, die Teile von Lublinitz, Tarnowitz, Bentzen-Land und Gleiwitz-Land, die sich östlich von der neuen Grenze befinden, also in polnischen Besitz übergehen. Sonnabend rückt die deutsche und die polnische Polizei in diese Zone ein. Am 25. 6. ist Flaggenwechsel und Abmarsch der Besatzungsgruppen. Am 26. 6. ziehen deutsche Truppen in Rosenberg ein. Der 25. 6. ist gleichzeitig der erste Tag der Räumungsmaßnahmen der vierten Zone. In dieser Zone liegen Kosel, Pleß, sowie der polnischsprachige Teil von Hindenburg.

Bei der Uebernahme des deutschen Teils Oberschlesiens wurde die schwarz-rot-goldene Reichsfahne von den deutschen Behörden und Militärs sabotiert. Daß diese Patriotpatronen ihren reaktionären Haß auch gegen die Fahne der Republik sogar vor den Augen der alliierten Truppen Ausdruck gaben, ist tief beschämend für die Republik, die sich solche Beamten und Militärs noch gefallen läßt.

Ueber einen solchen reaktionären Flaggenkandal wird dem „Vorwärts“ aus Kreuzburg berichtet: Nachdem am Sonntag nachmittag um 1/2 5 Uhr die Schupo in Kreuzburg ihren Einzug gehalten hatte, sollte am 19. Juni, 10 Uhr vormittags die Uebergabe an die deutsche Behörde erfolgen. Aus irgendeinem Grunde wurde dieser Akt um 1 1/2 Stunden verzögert. Es war bekanntgegeben worden, daß beim Fahnenwechsel eine Kompanie Italiener vor den vor den interalliierten sowie auch vor der deutschen Fahne Ehrenbezeugungen erweisen sollte. Da von deutscher Seite nicht die deutsche Fahne, sondern die Preußenfahne gehißt wurde, verweigerten die italienischen Truppen die Ehrenbezeugung, und jeder rechtlich Fühlende wird sagen: mit Recht, denn nicht an Preußen, sondern an Deutschland wird Oberschlesien zurückgegeben. Aber die deutschen Behörden schienen auch damit gerechnet zu haben; denn kaum war der letzte Schritt der italienischen Truppen verhallt, als wie auf Kommando eine Abteilung berittener Schupo auf dem Gehöft des Landratsamts zum Vorschein kam, die von der nach Tausenden zählenden Volksmenge stürmisch begrüßt wurde. Auf den Ruf des Landrats: „Fahne heraus!“ erschien an derselben Stelle, wo bis-

her die interalliierten Fahnen wehten, die Preußenfahne, stürmisch von der Menge begrüßt. Die Schupo salutierte und die Stadtkapelle spielte „Deutschland über alles“. Es folgte der erste Versuch des Preußenliebes. Zu Ehren der Reichswehr soll ein Festkommers stattfinden. Der Sozialdemokratische Verein hat im Einvernehmen mit der Bezirksleitung nicht an der Begrüßung teilgenommen.

Der Verfassungskampf in Polen.

Nachdem Przanowski, angesichts der scharf oppositionellen Stellung der Linken gegen die neue Regierung, insbesondere auch der Witos-Partei, gegen ein Verbleiben Strumuntz im neuen Kabinett, sein Mandat zur Kabinettsbildung niederlegte, haben die Sozialisten einen Dringlichkeitsantrag im Sejmplenum eingebracht. In diesem wird das Vorgehen der Hauptkommission und des Sejmarschalls bei der Designierung Przanowskis zum Ministerpräsidenten als Verfassungsbruch bezeichnet. Nach Ansicht der Sozialisten stellt die vom Sejm beschlossene Interpretation der Kleinen Verfassung ein neues Verfassungsgesetz dar, welches demgemäß in drei Lesungen mit qualifizierter Mehrheit vom Sejm angenommen werden müsse. Der sozialistische Dringlichkeitsantrag wurde auf die Tagesordnung der Freitagssitzung gesetzt. Die Sozialisten verlangen, nunmehr solle doch der Staatschef, nach einer direkten Fühlungnahme mit den Sejmparteien, die neue Regierung berufen.

Die gestrige Sitzung der Hauptkommission hätte nach der Ablehnung Przanowskis einen neuen Kabinettschef designieren sollen, während erst in der heutigen Vollsitzung des Sejms über die verfassungsmäßige Zulässigkeit dieser Handlung beschlossen werden sollte. Daraufhin hat die Hauptkommission mit 287 : 130 Stimmen beschlossen, sich zu vertagen, bis der sozialdemokratische Antrag im Plenum erledigt sein würde. Das Ergebnis der Abstimmung bildet beinahe das umgekehrte Stimmenverhältnis bei der Designierung Przanowskis, wo die Rechtsparteien gegen die Linke 208 : 100 Stimmen aufgebracht hatten. Es ist also ein Teil des Zentrums nach links abgeschwenkt, und nur die Nationaldemokraten und Christlich-Demokraten sind in der unbedingten Opposition geblieben.

Das Parlament der Gewerkschaften.

In der Debatte über den Geschäftsbericht des Bundesvorstandes richtete der Kommunist Walcher und der Unabhängige Dismann heftige Angriffe gegen den Bundesvorstand des ADGB, wegen dessen angeblich arbeiterverräterischer Politik. Für die sozialdemokratische Kongressfraktion sprach Gen. Brey-Pannover (Fabrikarbeiter) und ging dabei mit den kommunistischen unabhängigen Kritikern scharf ins Gericht. Er erkannte an, daß der Bundesauschuß nicht vollkommen ist und fragte: Was war unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichen? Wie es ein Verbrechen ist, einen Seefahrer bei Sturm und Wetter mit falschen Karten hinauszuweisen, so ist es auch ein Verbrechen, wenn man mit falschen Mitteln das Proletariat in den Kampf schiebt. Den verschiedenen Richtungen wird es kein Bundesvorstand rechtmachen. Zur Verwirklichung des Sozialismus ist die Erfüllung verschiedener Voraussetzungen notwendig, aber in der heutigen Wirtschaftslage ist sie nicht möglich. Für die Durchführung der zehn Punkte sind die Voraussetzungen außerordentlich ungünstig. Im ganzen Lande wurde der Bundesvorstand bekämpft, als Verräter verurteilt, weil er den Kampf für diese Punkte nicht aufnahm. Bei solch einem Kampf würde es aber unter den heutigen Kraftverhältnissen bis zum W e i ß l u t e n kommen und die Arbeiterpartei hätte dann den Kampf im Interesse des Unternehmers führen, das die Arbeitsbedingungen diktiert würde. Der Sozialismus ist das Ziel des Klassenkampfes. Zur Erreichung dieses Zieles ist eine fest organisierte und geistige Einheit notwendig. Von den 13 Millionen Gewerkschaftlern, die es in Deutschland gibt, stehen aber noch lange nicht alle im ADGB. Und von den 8 Millionen Mitgliedern der freien Gewerkschaften waren einige Millionen nach 1914 nicht auf die Beine zu bringen, wenn es galt einen Kampf zu führen, und wagten es nicht einmal, sich zur Organisation zu bekennen. Das Klassenkampfheer ist heute noch nicht vermehrt! (Lebhaftes Gebrüll richtig!)

Die Verhältnisse der Arbeiter in den letzten Jahren... (Text continues with a detailed report on the economic and social conditions of the working class, mentioning the impact of the war and the need for social reforms.)

Wenn die Kommunisten in ihren fortgeschrittenen... (Text discusses the political stance of the communists and their relationship with the broader social movement.)

In dem auf die Arbeitgemeinschaften... (Text focuses on the role of labor unions and the challenges they face in organizing and representing their members.)

Im Schluß stellte Drey fest, daß der Bundesvorstand... (Text reports on the conclusions of a meeting or conference, highlighting the importance of national unity and cooperation.)

Leipziger Schlußwort.

In seinem Schlußwort zum Geschäftsbericht... (Text provides a summary of the year's activities and the speaker's reflections on the current state of the movement.)

die Kommunisten unsere Waffen stumpf gemacht... (Text criticizes the actions of certain groups and calls for a renewed commitment to the cause.)

Leipziger fuhr dann fort: Lebhaft bedauere ich die Rede... (Text continues with a critique of a speech, emphasizing the need for more effective communication and action.)

Zu dem Achtstundentag bemerkt Leipziger, daß in... (Text mentions an upcoming event and the speaker's expectations for its success.)

Arbeitgemeinschaft beim Stimmabgeben... (Text reports on the results of a vote and the reactions of various political groups.)

Im Interesse der arbeiterschaftlichen Bewegung... (Text discusses the broader goals and interests of the labor movement.)

Dem Bundesvorstand wurde darauf mit 2/3 Mehrheit... (Text reports on a decision made by the national executive committee.)

Kaiser Friedrich über seinen Sohn.

Im fünften Bande des Dokumentenwerks... (Text contains a letter from the Kaiser to his son, discussing political matters and the future of the empire.)

Mein lieber Fritz! Im allerengsten Vertrauen... (Text continues the letter, showing the father's concern for his son's education and the state of the nation.)

Die Arbeiter in Ulm gegen die bolschewistischen Bluturteile.

Das Revolutionstribunal der Peruer Eisenbahn... (Text reports on the actions of workers in Ulm protesting against court verdicts.)

Die Regierung und ihre Vertreter in der Provinz... (Text discusses the government's response to the workers' protests.)

Während der jetzt beendeten Revolutionswirren... (Text provides a detailed account of the events in Ulm and the impact on the local population.)

Ein Zwischenfall in Südamerika.

Während der jetzt beendeten Revolutionswirren... (Text describes an incident involving a German merchant and a Paraguayan official.)

Trohender Beamtenstreik in Deutsch-Österreich.

Nach einer Meldung der „Wossischen Zeitung“... (Text reports on a strike by public servants in Austria.)

Die Offenburger Staatsanwaltschaft hat gegen... (Text mentions a legal case related to the strike or other events.)

Fräulein
Ein Danziger Heimroman
von Paul Enderling.
(Copyright 1920 by J. G. Cotta'sche Buchhandlg. Nachf. Stuttgart.)
Die Tür ging auf. Der alte Buchhalter trat ein. „Ach, Sie sind es, junger Herr? Gratuliere. Habe schon gehört.“
„Danke, Herr Krüger.“
Der Buchhalter legte einen Stoß Papiere auf das Schreibpult.
„Du werde nun gehen müssen,“ sagte Hermann, und er wurde, wie seine Junge selbstam zitterte.
„Legte den Hut wieder auf und nahm den Stok. Er mußte hinaus — in die frühe Seelust, die draußen wehte, wie Licht auf die Mole. Hier in dem engen Gemach erstickte man ja.
In diesem Augenblick aber kam der Vater zurück. „Du wollest doch nicht schon wieder gehen?“ fragte er — übertrieben freundlich wie es Hermann schien. „Gaha, und du hast dir noch nicht einmal erlaubt, an das Schnapsbüchlein zu gehen, an das Allerheiligste. Ist Ihr Sohn auch so schüchtern, Krüger?“
„Schüchtern? Ich? Ich?“
„Nun waren sie allein. Hermann legte sich. Julius Wörke ging an den Kofferschränk und öffnete ihn. „Gut, daß er heute verschlafen ist als meine Schokolade zu Hause, nicht wahr?“
Hermann ergriff es nicht länger. „Wahst du etwas von mir, Vater?“
Der Vater tat, als ob er nicht gehört hätte. „Fühlst du dich nicht wohl?“ fragte er noch einer Weile. „Du solltest mehr spazieren gehen.“
„Ja, Vater,“ sagte Hermann glücklich und hand auf.
Julius Wörke las in dem Papier. Man hörte: „1730 Mark.“ Er blätterte in seiner Buchstabe. „Kannst du mir vielleicht einen Zinsausweis zeigen? Dann will ich dich nicht länger aufhalten.“
Hermann hörte nur, daß er gleich gehen konnte, und ließ sein Portemonnaie aus der Tasche. „Hier, Vater.“

Julius Wörke nahm den Schein und ließ ihn zum Kofferschränk. Aber mitten auf dem Weg hielt er inne: Der Schein hatte an der unteren linken Ecke das winzige Kreuz, mit dem er seine Papiere zu Hause gezeichnet...
Hermann sah, wie der Vater zur Glotzröhre ging und sie verächtlich...
Er hatte das Portemonnaie noch in der Hand und versuchte es zu schließen. Es war so merkwürdig schwer zu schließen... Er konnte es nicht verhindern, daß ein paar Geldstücke herausrollten...
Der Vater stand vor ihm und starrte ihn an. Den Schein hatte er noch in der Hand.
Hermann stand, durch den Tisch getrennt, ihm gegenüber. Was Vater nur für ein sonderbares Gesicht machte! Hermann versuchte höhnisch zu lächeln. Aber es kam nur eine Grimasse zustande.
„Wo hast du den Schein her?“ fragte Vater leise. Er zögerte nicht.
„Den Schein?“ sagte Hermann. „Ach ja, den Schein, hab' ich.“
„Nach nicht!“ brüllte Julius Wörke sich auf.
Hermann schüttelte sich plötzlich ganz ruhig. Sein Gehirn arbeitete mit unerbittlicher Konzentration. Er weiß, daß ich das Geld genommen habe, dachte er, — ich mußte hinaus. Und er dachte nichts anderes. Er maß den Abstand bis zur Tür. Der Schlüssel fiel noch drin.
„Du bist ein Dieb!“ brüllte Wörke. „Du wirst ins Gefängnis dafür kommen.“
„Nein, dachte Hermann. „Dahin komme ich nicht; es gibt noch einen anderen Ausweg — noch einen anderen.“ „Sprich nicht so laut,“ sagte er nur.
„Ich werde noch viel lauter reden. Ich werde es allen Herren im Kontor sagen, daß du ein Dieb bist, und morgen wird es ganz Danzig wissen, daß mein Sohn ein Dieb ist.“
„Es ist wohl besser, Vater, daß du die Familie nicht kompromittierst,“ sagte Hermann mit der gleichen natürlichen Ruhe. „Ich kann dir ja jetzt alles erzählen und reise fort. Ich verzeihe dir, daß ihr mich nicht mehr zu sehen bekommen werdet.“
„Das könnte dir so passen,“ höhnte der Vater. „Nein, erst muß der Dieb seine Strafe haben, nach Recht und Gesetz. Dann kann er gehen, wohin er will.“

„Hast du mich nicht dazu gebracht?“ Hermann sah dem Vater in die Augen.
„Ja? Ja?“ Julius Wörke griff nach dem großen Hauptbuch auf dem Tisch, als wolle er damit auf den Sohn einschlagen.
In diesem Augenblick spritzte Hermann zur Tür. Er schloß sie auf und hürrte hinaus.
Hinter sich hörte er die geklende Stimme des Vaters. „Halt! Halt! Laßt ihn nicht los!“
Hermann lief dem Fluße zu. Die Fähre kam gerade an. Er steckte dem Fährmann Geld in die Hand und kam bald auf die andere Seite.
Ohne sich umzusehen, lief er auf die Mole zu.
Es wehte ein scharfer, eisiger Wind, der die ersten Schneeflocken mit sich trug und ihm ins Gesicht schlug. Hermann spürte es nicht. Er war wie von Blut übertrümt.
Einen Augenblick mußte er stehen bleiben, da sein Herz zu stark schlug. Als er sich umblidte, sah er, daß der Vater und in paar Herren auf seinem Ufer waren und andere anriefen und heillos winkten. Er sah, daß sie ihn verfolgten, und bemerkte einen Matrosen unter ihnen. Das Wehen des Mützenbandes war deutlich zu sehen.
Hermann drückte fest auf sein Herz und lief über die großen Quadersteine, in deren Fugen und Ritzen Wasser stand. Einmal wäre er fast an dem runden Rand abgerutscht in das leichte Wasser hinein.
Er erschraf und lief nun in der Mitte. Schnurgerade in der Mitte. Er lief wie auf festen, geraden Bohlen. Sein Hut war längst herabgefallen. Er spürte, wie seine Haare durchnäßt waren.
„Halt! Halt!“ hörte er hinter sich die heifere Stimme des Matrosen.
Nun war er am Leuchtturm, an den Granitstufen sich haltend bog er um die Spitze der Mole. Einen Augenblick dachte er, daß er hier einmal mit Fräulein gefessen hatte... die nun Fräulein Anemarie Teijmer hieß und bald Lothars Frau würde...
Das Häuflein der Verfolger kam näher. Voran der Matrosen. Sie schüttelten heftig mit den Armen und schrien etwas, das er nicht verstand.
(Fortsetzung folgt.)

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 145

Freitag, den 23. Juni 1922

13. Jahrgang

Beginn der Freistaat-Etatsberatungen

Angebrachte Abträge im Polizeietat. — Staatsmittel für den bürgerlichen Amateursport? Endgültige Beschlußfassung über das Feuerbestattungsgesetz. — Mehrfache Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Das Umsatz- und Zugsteuergesetz konnte in der gestrigen Volksstagsitzung nicht zu Ende beraten werden. Es lag ein Antrag auf nochmalige Ausschussberatung des Gesetzes vor, der zur Beschlußunfähigkeit des Hauses führte. Das Feuerbestattungsgesetz wurde in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Es gelang, alle Verschlechterungsanträge des Zentrums und der Deutschnationalen abzulehnen. Die Feuerbestattung ist nunmehr der Erbbestattung gleichgestellt, die Fesseln des alten preussischen Gesetzes gegen die Feuerbestattung sind gefallen. Solcher gelang es dem Zentrum, durch die passive Resistenz der Kommunisten in das Gesetz über die religiöse Kindererziehung eine Verschlechterung hineinzubringen. Es ist jedoch zu hoffen, daß sie bei der 3. Lesung wieder ausgeglichen wird. Bei der Beratung des vorläufigen Haushaltsgesetzes verlangte Abg. Gen. Nagroßki die ordnungsgemäße Vorlage der Haushaltspläne. Den gleichen Wunsch äußerte auch der Redner der Deutschen Partei. Im Hauptauschuss sind die unflincht hohen Forderungen des Polizeietats für die Errichtung einer Polizeischule stark beschliffen worden. Die so gewonnenen 2 Mill. Mark sollen zur Ausgestaltung der Landschulen dienen. Dieser Beschluß ist aufs wärmste zu begrüßen, denn die Schulverhältnisse auf dem Lande waren dringend reformbedürftig. Die Anforderung von 150 000 Mark für die Joppoter Rennen ging selbst der Zentrumsfraktion zu weit. Bei der Abstimmung über diese Forderung stellte sich wieder einmal die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Die Schlußabstimmung über die Abgabe zum Wohnungsbau wurde durch Vertagung der Sitzung verhindert.

Das Haus hatte über eine Reihe Eingaben Beschluß zu fassen. Im allgemeinen wurden die Beschlüsse der Ausschüsse bekräftigt. Nur die Eingaben bezüglich einer besseren Besoldung der Landräte wurden nicht nach dem Ausschussantrag zurückgewiesen, sondern dem Senat als Material überwiesen.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion betr. die Zusammensetzung der Schulvorstände wurde ohne Aussprache an den Unterrichtsausschuss weitergegeben.

Nunmehr trat das Haus in die Beratung des

Gesetzentwurfs betr. Feuerbestattung.

Abg. Gen. Plogemann gab einen kurzen Bericht über den Gang der Ausschussverhandlungen. Die Mehrheit des Ausschusses habe der Vorlage sympathisch gegenüber gestanden.

Das Gesetz wurde unverändert in 2. Lesung und 3. Lesung angenommen. Deutschnationalen Verschlechterungsanträge fanden nur die Unterstützung des Zentrums und wurden abgelehnt. Abgelehnt wurde noch der Antrag Nahn, daß nicht der Kreisarzt, sondern jeder praktische Arzt zur Ausfertigung einer Bescheinigung über die Todesursachen berechtigt ist. Zentrum und Polen gaben Erklärungen ab, daß sie aus religiösen Gründen gegen die Feuerbestattung seien, das Zustandekommen des Gesetzes jedoch nicht verhindern wollten. Ein Antrag Weiß (Zentrum), daß die Feuerbestattung nur dann erfolgen darf, wenn eine diesbezügliche Willenserklärung des Toten vorliegt, fand keine Mehrheit. Bei der Beratung der

Umsatz- und Zugsteuer

ergab sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Die Sitzung wurde um 10 Minuten vertagt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung trat das Haus in die 2. Beratung des Gesetzentwurfs betr.

religiöse Kindererziehung.

Abg. Freudenthal (Dnall.) gab den Bericht des Ausschusses. Der Gesetzentwurf erstrebe die freie Einigung der Ehegatten über die religiöse Erziehung der Kinder. Wenn diese Einigung nicht zustande kommt, kann das Vormundschaftsgericht angerufen werden. Das Vormundschaftsgericht kann in solchen Fällen auch die Verwandten anhören. Das Zentrum beantragte, daß auch die Lehrer zu hören sind. Die Kommunisten beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Die Folge war, daß der Zentrumsantrag angenommen wurde. Das Gesetz wurde in 2. Lesung angenommen.

Gegen die sofortige 3. Lesung erhob Abg. Gen. Gehl Widerspruch, weil die Hoffnung bestehe, die kommunistische Fraktion zu bekehren, um dann in der 3. Lesung des Gesetzentwurfs die Verschlechterung wieder auszumergen.

Abg. Nahn (R.) erklärte, daß die kommunistische Fraktion jede Mitarbeit ablehne, bis der Senat eine befriedigende Erklärung über die Vorgänge in der Kunze-Versammlung abgegeben habe.

Sodann beschäftigte sich das Haus mit dem

vorläufigen Haushaltsgesetz für 1922.

Abg. Foh (Dnall.) teilte mit, welche Veränderungen die Vorlage im Ausschuss erhalten hat.

Abg. Dr. Eppich (D.P.) stellte fest, daß der Volksstag dem Senat die Ermächtigung geben soll, nach der Etats für 1922, die noch gar nicht bewilligt sind, weiterzuministerien. Die Fraktion der Deutschen Partei fordere, daß die Haushaltspläne rechtzeitig vorgelegt werden.

Abg. Gen. Nagroßki:

Es ist ein Jongleurstückchen eigener Art, vor Erledigung der Etats für 1921, notwendige Ausgaben für 1922 zu be-

schließen. Nach einer Erklärung des Senats sollen die Druckereiverhältnisse des Freistaates an der verspäteten Fertigstellung der Etats Schuld sein. Das sind leere Ausreden, denn die hiesigen Druckereien sind leistungsfähig. Die Verzögerung der Haushaltspläne hat andere Ursachen. Der Senat legt die Etats nicht vor, damit er wirtschaften kann, wie er will. Bei der Beratung der Haushaltspläne für 1922 wird man darauf achten müssen, ob die darin angeforderten außerordentlichen Ausgaben schon geleistet worden sind. Die sozialdemokratische Fraktion wird die Etats ablehnen.

In diesem vorläufigen Haushaltsgesetz sind für überflüssige Zwecke große Summen verlangt, bei Kulturzwecken ist man jedoch knauserig gewesen. Der Hauptauschuss hat deshalb Abträge gemacht und die so ersparten Summen für Verbesserung der Landschulen eingesetzt. Der Senat verlangt 85 Mill. Mark für Errichtung einer Polizeischule, damit die Schupo Beamten für ihre Aufgabe ausgebildet werden. Ferner wurden 1,5 Mill. Mark verlangt für den Ankauf einer Entlausungsanstalt für die Schupo. Eine solche Anstalt wurde früher nicht gebraucht und ist auch jetzt überflüssig. Die Kosten der Polizeischule werden noch größer werden, weil die darin vorgesehenen Sähe durch die Zenerung überholt worden sind. Die sozialdemokratische Fraktion kann die Notwendigkeit einer solchen Schule nicht anerkennen. Man prüfe die sich Meldenden. Wer die Prüfung nicht besteht, wird nicht eingestellt. Die erforderlichen Kenntnisse kann sich jeder selbst aneignen. Was für den Eintritt in andere Verwaltungszweige ausreicht, muß auch für den Eintritt in die Schupo ausreichen. Die notwendigen Gesetzkennntnisse kann den Beamten in Instruktionstunden beigebracht werden. In dem vorläufigen Haushaltsplan werden

150 000 Mark für den Westpr. Reiterverein

verlangt, damit die Joppoter Rennen weiter stattfinden können. Nach Ansicht des Senats ist die Bewilligung der 150 000 Mark im Interesse der Pferdezucht notwendig. Mit dem gleichen Recht können dann auch Hennen, Kaninchen und Hundezüchter einen solchen Zuschuß vom Staat verlangen. Wenn man die Mitgliederliste des Westpr. Reitervereins durchsieht, sollte man es nicht für möglich halten, daß diese Herrschaften 150 000 Mk. Liebesgaben aus Steuergroschen verlangen. Der Senat legt fortwährend neue Steuergesetze vor, mit der Begründung, daß neue Weidmitten beschafft werden müssen. Wenn im Interesse der Erwerbslosen oder Kleinrentner Anträge gestellt werden, ist der Senat ängstlich um ihre Deckung besorgt. Die sozialdemokratische Fraktion wird die Liebesgabe für den Reiterverein selbstverständlich ablehnen. Die durch Abträge gewonnenen 2 Mill. Mark sind für den Ausbau der Landschulen bereitgestellt worden, was zu begrüßen ist. Wir verlangen vom Senat, die rechtzeitige Vorlegung der Etats und werden das Haushaltsgesetz ablehnen.

Abg. Rau (NSP.) lehnte es ab, in Abwesenheit des zuständigen Senators längere Ausführungen zu machen und bezeichnete die Senatoren als Bankrotteure. Bei der Beratung der Haushaltspläne werde seine Fraktion ihre Beschwerden vortragen. Den vorliegenden Etat werde sie ablehnen.

Senator Dr. Brand entgegnete, daß Senator Dr. Volk-

mann zu wichtigen Verhandlungen nach auswärts gereist sei. Die Aussprache war damit beendet. Es wurde zur Abstimmung geschritten. Bei der namentlichen Abstimmung über die Liebesgabe für den Westpr. Reiterverein ergab sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses, worauf die Sitzung wiederum auf 10 Minuten vertagt wurde.

Die neue Sitzung wurde mit der 2. Beratung des Gesetzentwurfs betr. Erhöhung der Börsenumsatzsteuer und

Einführung einer Devisenumsatzsteuer

eröffnet.

Abg. Dr. Neumann (D.P.) bemerkte, daß im Ausschuss die Devisenumsatzsteuer von 1 pro Mille auf 1/2 pro Mille herabgesetzt worden sei. Der Ausschuss habe sich dabei von dem Gehirnen leiten lassen, daß bei einer Steuer von 1 pro Mille der Danziger Devisenhandel auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig gemacht werden könne. Ferner sei der gegen die Geschäfte der Schwarzen Börse gerichtete § 11 in Wegfall gekommen. Es habe sich herausgestellt, daß durch eine solche Maßnahme kaum die Anhänger der Schwarzen Börse betroffen würden, sondern unter Umständen auch der reelle Handel schwer betroffen werden könne. Auch sei der Handel an der Schwarzen Börse nicht so umfangreich, wie man ursprünglich angenommen habe.

Abg. Nahn (R.) stellt fest, daß durch das vorliegende Gesetz nur die kleinen Geschäftleute getroffen werden. Die Exporteure und Reeder würden ihre Guthaben auf ausländischen Banken anlegen und von dortaus Markaufwertungen in Empfang nehmen. Auch sei es nicht richtig, den Umsatz in polnischen Devisen zu besteuern. Diese Fragen müßten noch im Ausschuss eingehend geklärt werden. Redner stellte deshalb den Antrag auf Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuss.

Abg. Dr. Neumann (D.P.) wandte sich gegen die Rückverweisung. Das Inkrafttreten des Gesetzes werde dadurch verzögert, wodurch dem Staat große Summen verloren gingen.

Der Rückverweisungsantrag wurde mit 32 gegen 80 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmte auch das Zentrum. Bei der ersten namentlichen Abstimmung über die Vorlage stellte sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Die Sitzung wurde nunmehr auf Freitag nachmittag 8 Uhr vertagt.

Danziger Nachrichten.

Selbstmord

Begeben alle die Leser, die daran denken, infolge der neuerlichen Bezugspreiserhöhungen der Zeitungen, die „Volksstimme“ abzubestellen. Die „Volksstimme“ ist das einzige Organ, das für die Interessen aller werktätig und geistig Schaffenden eintritt. Sie ist die Führerin in dem Kampf um eine bessere Weltordnung, in der nicht mehr die breite Bevölkerung der Auswucherung ausgesetzt ist. Dieser Kampf kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn die „Volksstimme“ erhalten bleibt und immer stärkere Ausbreitung findet, damit die Auffklärung in immer weitere Kreise getragen wird. Jeder der aus Kurzsichtigkeit die Zeitung abbestellt, anstatt unermüdet neue Leser zu werben, hat selbst Schuld daran, daß die profittapitalistische Auswucherung immer weiter um sich greift und die wirtschaftliche Lage aller arbeitenden Schichten immer unerträglicher wird. Darum heißt es, die beste Waffe der Arbeiterklasse, die sozialistische Presse stark zu halten.

Die Arbeiterpresse ist aber nicht nur Kämpferin und Wortführerin der arbeitenden Bevölkerung in der Öffentlichkeit, sie ist auch Trägerin des gesamten geistigen Lebens in der Familie. Sie gestaltet ein Leben, gibt einer Arbeiterfamilie gleichsam ihr geistiges Wesen. Keine Familie aus dem Volke kann sie entbehren, jeder Familienvater muß sich bewußt sein, daß heute die Zeitung zu den Notwendigkeiten des Lebens gehört.

Wenn Tabak, Bier und andere nicht notwendige Dinge im Preise von Tag zu Tag steigen, so daß kaum ein Ende abzusehen ist, wird zwar rationiert aber bezahlt wird's doch, denn „man will doch leben!“ Wenn aber die Zeitung mit ihren Abonnementsgebühren in die Höhe geht, damit sie nicht ganz auf den Hund kommt, dann muß sie — abbestellt werden, denn „so einen Luxus kann man sich in der heutigen Zeit nicht mehr leisten!“ Das sagt der „sparsame“ Hausvater, atelektisch gar am Stammtisch. Er merkt nicht, welches Zeugnis er sich damit ausstellt. Nur ein paar Schoppen im Monat weniger getrunken, oder ein paar Zigarren weniger geraucht, und die „gewaltige“ Summe von 25 Mk. die unsere Zeitung jetzt im ganzen Monat kostet, ist gespart. Und dabei hat nicht nur der Arbeiter täglich etwas aus seinem wirtschaftlichen und politischen Interessenskreis, sondern auch für seine geistigen Bedürfnisse. Daneben erfährt auch die vielgeplagte Hausfrau was in der Welt vorgeht und kann noch einen Roman lesen, für den sie im Laden mindestens 80 Mk. bezahlt. Besonders auch die Frau muß darauf achten, daß unsere Zeitung im Hause regelmäßig gelesen wird, denn sie ist das einigende Band, das eine Familie zusammenhält. Die größeren Kinder lesen auch die für sie noch fremden Dinge aus der großen Welt und lernen so für ihr späteres Leben. Wer die Zeitung abbestellt, spart nicht nur nichts, sondern hat schwere wirtschaftliche Nachteile, ganz abgesehen davon, daß er eine reiche Quelle der besten Unterhaltung und Fortbildung verliert.

Anstatt an eine Aufgabe des Zeitungsabonnements zu denken, sollte jeder Leser dafür sorgen, der „Volksstimme“ neue Leser zuzuführen. Denn je größer der Leserkreis, desto besser kann die Zeitung ausgestattet werden und desto wirksamer ist sie in Vertretung der Ideen und Interessen der arbeitenden Schichten. Besonders der Quartalswechsel bietet wieder beste Gelegenheit, neue Freunde für unsere Zeitung zu werben. Jeder neugewonnene Leser der Arbeiterpresse ist ein neuer Streiter für den Sozialismus, kämpft für deine Sache und für dich. Darum rüttelt die Launen und Käfigen, die noch immer die bürgerlich kapitalistische Wirtspresse unterstehen auf und führt sie der „Volksstimme“ als Leser zu.

Die übrigen Danziger Zeitungen erhöhen ihre Bezugspreise bis zu 40 Mk. Unsere Leser erleben daraus, daß unsere neue Bezugspreiserhöhung auf 25 Mk. wieder nur das Allernotwendigste darstellt und wir damit der schweren wirtschaftlichen Belastung des Arbeiterhaushaltes weitgehend Rechnung tragen.

Schiedspruch im Groß- und Kleinhandel.

In der Gehaltsbewegung der Angestellten im Groß- und Kleinhandel hat der Schlichtungsausschuss folgenden Schiedspruch gefällt: Die von den Gewerkschaften verlangte Klassifizierung wird aus formalen Gründen abgelehnt. Auf die Gehaltshälter erfolgt in den Gruppen 4—7 ein Zuschlag von 40 Prozent, auf die Gruppen von 8—10 50 Prozent für Juni und 45 bzw. 55 Prozent für Juli. Die Gehälter wären demnach folgende:

für Juni 1680 Mk., 2044 Mk., 2450 Mk., 2804 Mk., 3090 Mk., 3399 Mk., 3780 Mk.; für Juli 1740 Mk., 2117 Mk., 2537,50 Mk., 2897 Mk., 3198 Mk., 3508 Mk., 3908 Mk.

Weibliche Angestellte erhalten 10 Prozent weniger. Verheirathetenzulage 500 Mk. Für Lehrlinge im 1. Lehrjahre 800 Mk., im 2. Lehrjahre 600 Mk., im 3. Lehrjahre 700 Mk. Für solche Personen, die unter Berufswechsel angestellt sind, in den ersten drei Berufsjahren: für Juni 945 Mk., 1225 Mk., 1540 Mk., für Juli 1250 Mk., 1812,50 Mk., 1650 Mk.

Die Parteien haben eine Frist bis 28. Juni zur Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches erhalten. Inzwischen ist auch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des feinerzeitigen Schiedspruches, der die Gehälter für April und Mai regelte, erfolgt. Sämtliche Betriebe des Groß- und Kleinhandels, mit Ausnahme der Detailisten der Kolonialwarenbranche, fallen unter diese Allgemeinverbindlichkeitserklärung und müssen, sofern es noch nicht geschehen ist, die festgelegten Gehälter an ihre Angestellten bezahlen.

Die Auszahlung der Renten. Für Juli erfolgt die Auszahlung der Militär-Versorgungsgebühren am 20. und 30. Juni, die der Invaliden-, Unfall- und Waisenrenten am 1. und 8. Juli in der Packammer des Postamts 1 Danzig, Eingang Hundegasse, von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

Danziger Nachrichten.

Die Bildung der Stadtbürgerchaft.

Bekanntlich soll nach der Verfassung an Stelle der Stadtverordneten-Versammlung die Stadtbürgerchaft treten. Der diesbezügliche § 88 der Verfassung hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtgemeinde Danzig ist eine selbständige Gemeinde des Staates mit eigenem Vermögen.“

Die Gemeindeangelegenheiten der Stadt Danzig gelten als Angelegenheiten des Staates und werden vom Senat und Volkstag geleitet.

Zur Beschlussfassung über Gemeindeangelegenheiten der Stadt Danzig wird vom Volkstag aus seiner Mitte und aus andern Angehörigen der Stadt Danzig eine Stadtbürgerchaft gewählt. Die Zusammensetzung und Zuständigkeit regelt ein besonderes Gesetz.“

Der Senat legt nun einen Gesetzentwurf über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Stadtgemeinde Danzig vor. In seiner Begründung heißt es u. a.:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Verfassungsbestimmungen nicht völlig klar sind und daß zwischen dem Absatz 2 und dem Absatz 3 des Artikels 88 ein gewisser Widerspruch vorhanden ist. Es erklärt sich dies daher, daß der Absatz 2 erst im Laufe der Beratungen und im Wege des Kompromisses in den Artikel eingefügt ist. Die Entstehungsgeschichte dieser Verfassungsbestimmungen ergibt jedoch, daß es die Absicht des Gesetzgebers gewesen ist, die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten grundsätzlich so zu regeln, daß der Senat als oberste Landesbehörde zugleich Gemeindeverwaltungsbehörde der Stadt Danzig ist und daß die Stadtbürgerchaft in den Gemeindeangelegenheiten die beschließende Körperschaft bildet.“

Von dieser Grundfassung ausgehend ist der vorliegende Gesetzentwurf aufgestellt. Er weist der Stadtbürgerchaft diejenigen Aufgaben zu, die bisher der Stadtverordnetenversammlung oblagen und dem Senat die Aufgaben der Gemeindeverwaltungsbehörde, des bisherigen Magistrats.

Im Wesentlichen schließt sich sonst der Entwurf den vorhandenen (?) Bestimmungen der Städteordnung an unter Ausmerzung aller derjenigen, die als überflüssig, veraltet oder auf die gegenwärtigen Verhältnisse nicht passend zu erachten sind.“

Im Gesetzentwurf heißt es: Die Gemeindeangelegenheiten der Stadtgemeinde Danzig werden durch den Senat der Freien Stadt Danzig und die Stadtbürgerchaft nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes verwaltet. Die Stadtbürgerchaft ist eine beschließende Körperschaft. Sie ist nicht berechtigt, ihre Beschlüsse selbst auszuführen, es sei denn, daß diese ausschließlich ihren eigenen inneren Geschäftsbetrieb betreffen. Die Beschlüsse der Stadtbürgerchaft über Angelegenheiten, deren Ausführung dem Senat obliegt, bedürfen der Zustimmung des Senats.

Die Stadtbürgerchaft besteht aus 51 Mitgliedern. Diese werden vom Volkstag auf Grund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus seiner Mitte und aus andern nach Art. 8 Abs. II der Verfassung wählbaren Personen gewählt. Die zu wählenden müssen seit mindestens 6 Monaten ihren Wohnsitz oder bauernden Aufenthalt im Stadtkreise Danzig haben.

Die Wahl der Mitglieder der Stadtbürgerchaft erfolgt für die Amtsdauer des sie wählenden Volkstages.

Die Stadtbürgerchaft wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter des Vorsitzenden, sowie einen oder mehrere Schriftführer. Der Vorsitzende vertritt die Stadtbürgerchaft, so oft es die Geschäfte erfordern, und leitet ihre Versammlungen. Die Stadtbürgerchaft ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Auch eine Versammlung wegen Beschlußfähigkeit verlagert werden, so ist eine zur Erledigung der gleichen Tagesordnung erneut einberufene Versammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig, wenn bei der Ladung hierauf ausdrücklich hingewiesen ist. Die Stadtbürgerchaft faßt ihre Beschlüsse nach Stimmeneinheit. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Die Sitzungen der Stadtbürgerchaft sind öffentlich. Der Vorsitzende, dem die Polizeigewalt im Versammlungsraum zusteht, kann jeden Zuhörer aus dem Sitzungsraum entfernen lassen, der die Ordnung in der Versammlung stört. Für bestimmte Gegenstände kann auch in gesheimer Sitzung zu fallenden Beschlüssen oder durch die Geschäftsordnung die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Der Senat der Freien Stadt Danzig ist die Gemeindeverwaltungsbehörde. Dem Senat liegt es ob, nachdem die Stadtbürgerchaft darüber vernommen ist, die städtischen Beamten anzustellen und zu beaufsichtigen. Er vertritt die Stadtgemeinde Danzig nach außen. Die Stadtgemeinde kann vom Senat nach Anhörung der Stadtbürgerchaft in Ortsbezirke eingeteilt werden.

Zur dauernden Verwaltung oder Beaufsichtigung einzelner Geschäftszweige können besondere Ausschüsse aus Beauftragten des Senats und aus Mitgliedern der Stadtbürgerchaft gebildet werden. An den Ausschüssen können auch nicht der Stadtbürgerchaft angehörende wahlberechtigte Bürger beteiligt werden, sofern sie mindestens ein Jahr im Stadtbezirk wohnhaft sind.

Jeder wahlberechtigte städtische Bürger ist verpflichtet, eine unbesoldete Stelle in der städtischen Verwaltung anzunehmen und sie mindestens vier Jahre lang zu versehen. Zur Abrechnung bzw. zur Niederlegung des Amtes sind berechtigt: a) Frauen, b) wer das 60. Lebensjahr vollendet hat, c) wer durch Krankheit oder Gebrechen behindert ist, d) wer ein anderes öffentliches Amt bekleidet, e) Ärzte, f) Apotheker, welche keine Geschäfte haben, g) wer bereits vier Jahre hindurch ein unbesoldetes öffentliches Amt bekleidet hat, h) wer durch seine Berufstätigkeit zu häufiger oder langdauernder Abwesenheit von Danzig genötigt ist.

Alle Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und in einen Haushaltsplan zusammengefaßt werden. Der Haushaltsplan unterliegt der Beschlussfassung der Stadtbürgerchaft. Das Haushaltsjahr läuft vom 1. April bis zum 31. März.

Die Wahl der ersten Stadtbürgerchaft hat spätestens innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erfolgen.

Städtische Erwerbung des Seebades Westerpilte.

Der Senat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung zum Kauf der zum Seebade Westerpilte gehörenden Baugrundstücke die Bewilligung von 2 100 000 Mark. Dafür

sollen folgende augenblicklich der Republik Polen, geerbten Einrichtungen angekauft werden: Die Seebadeanstalten (Herrn- und Damenbad), das Kurhaus, die Restaurants „Strandhalle“ und „Plantage“, das alte Warmbad, die Einrichtung der Tennisplätze, sowie mehrere Wohnhäuser. Der Grund und Boden der Westerpilte ist zum größten Teil der Freien Stadt Danzig zugesprochen worden. Aber die zum Kur- und Badebetrieb notwendigen Gebäude gehören der Republik Polen, die sie seiner Zeit von dem früheren Kurhausbesitzer Leitzow käuflich erworben hatte. Damit nun Westerpilte zum Seebade allmählich ausgeliefert werden kann, sollen die aufgeführten Gebäude von der Stadtgemeinde Danzig käuflich erworben werden. Zur Instandsetzung und Unterhaltung, sowie Renanlage von Promenadenwegen in den Anlagen von Westerpilte, fordert der Senat 155 000 Mark an.

Der Streik in der Eisenbahn-Hauptwerkstätte.

Die bisher zwischen der Streikleitung und dem Senat stattgefundenen Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Wie uns von der Senatsdirektion mitgeteilt wird, ist an der Eisenbahn-Hauptwerkstätte folgende Bekanntmachung angeschlagen worden:

Die Belegschaft der Eisenbahn-Hauptwerkstätte ist, ohne das Ergebnis der Prüfung der von ihr erhobenen Beschwerden abzuwarten und ohne die Bestimmungen des Tarifvertrages zu beachten, in den Streik getreten.

Die Arbeiterchaft der Eisenbahn-Hauptwerkstätte wird ersucht, die Arbeit unverzüglich bis spätestens Sonnabend, den 24. Juni d. J., mit Beginn der Frühlingszeit wieder aufzunehmen. Wer bis dahin die Arbeit nicht aufgenommen hat, gilt als entlassen. Eine WiederEinstellung der Entlassenen nach dem vorgenannten Zeitpunkt behalten wir uns ausdrücklich vor.

Es entzieht sich augenblicklich noch unserer Kenntnis, ob die gestern geschlossenen Verhandlungen keine Möglichkeit einer friedlichen Beilegung der Differenzen offen lassen. Die vom Senat nunmehr angeordnete Entlassung der Belegschaft bedeutet jedoch eine außerordentliche Verschärfung des Konflikts. Der Senat hätte vernünftiger gehandelt, wenn er den durch seine anrüchliche politische Vergangenheit bei der Arbeiterchaft begründetermaßen unumgänglich gewordenen Schlichtung hätte fallen lassen, als gegen die einmütig zusammenstehende Belegschaft seinen Scharfmacher-Standpunkt herauszuführen.

Die Veranstaltung einer Messe

Beschäftigt noch immer die daran interessierten Körperschaften, obgleich nach der Zurechnung des dafür geeigneten früheren Körperbetriebsamtes an die Zollverwaltung, die Unterbringung einer Messe in Danzig infolge Fehlens anderer geeigneter Räume unumgänglich erschien. Zu gestern nachmittag hat der Senat Vertreter der Interessentenkreise nach der früheren Puzarenkaserne, Hochstraße, eingeladen, um festzustellen ob die zukünftige Messe nicht in diesen Gebäuden, die zur Zeit nur zu den Herdhaufaktionen verwendet werden, veranstaltet werden könne. Die Räume wurden jedoch als viel zu klein befunden, zumal auch weitere geeignete Räume in der Nachbarschaft nicht zur Verfügung stehen und der Kommandeur der Schupo selbst von der vorübergehenden Bereitstellung von Räumen der Schupo-Kaserne nichts wissen wollte. Es wurde übereinstimmend die Ansicht vertreten, daß nur das frühere Körperbetriebsamt zur Unterbringung einer Messe in Frage komme und ferner darauf hingewiesen, daß die dort untergebrachte Zollverwaltung auch anderweitig passende Räumlichkeiten erhalten könnte. Die Vertreter der Messegesellschaft machten darauf aufmerksam, daß es nunmehr höchste Zeit sei, an die Verwirklichung des Messegedankens heranzugehen, damit Danzig gegenüber den anderen Orten nicht vollkommen ins Hintertreffen gerate. Königsberg habe bereits erhebliche Vorteile durch seine Messen erzielt. Es genüge nicht, daß der Senat neue Industriezweige nach Danzig heranziehe, sondern man müsse diesen Firmen auch Gelegenheit geben, ihre Erzeugnisse auszustellen, um sich Absatz zu verschaffen. Von Seiten der Messegesellschaft wurde energig gefordert, daß der Senat sich nicht länger der Bedeutung einer ständigen Messe — es sollen in jedem Jahr zwei, im Frühjahr und Spätkommer, veranstaltet werden — verschließen und das Körperbetriebsamt endlich dafür bereitstellen. Senator Jemelowski sagte zu, die Messefrage noch einmal im Senat zur Sprache zu stellen. Von den zu erwartenden Beschlüssen des Senats wird es abhängen, ob der Messegedanke der Verwirklichung entgegengeführt werden kann oder endgültig begraben werden muß. Es darf nicht verkantet werden, daß, wenn auch die Danziger Arbeiterchaft der Messefrage aus erklärlichen Verhältnissen heraus, zum größten Teil heute noch uninteressiert und infolge der Begleiterscheinungen der ersten Messe teilweise auch ablehnend gegenübersteht, diese Frage für das Wirtschaftsleben und somit auch für die arbeitende Bevölkerung von erheblicher Bedeutung ist und es im Allgemeininteresse nur zu wünschen wäre, daß die zuständigen Stellen, besonders der Senat eine ähnliche Tatkraft entwickeln würden, wie es in andern Städten, vorzugsweise im benachbarten Königsberg der Fall ist.

Altpreußische Sparsamkeit

wird von der Regierung immer dank gepredigt, wenn Arbeiter, Angestellte, Kleinrentner oder sonstige Minderbemittelte mit Forderungen kommen. Dann wird stets mit eindringlichen Worten auf die große Finanznot des Freistaates hingewiesen. Das man auch anders kann, beweist nachstehende Vorlage des Senats an die Stadtverordnetenversammlung um möglichst hohe Ruhegehälter für hohe und höchste Beamte. Der Senat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung, zu bestimmen, daß vom 1. Oktober 1921 ab zwecks Errechnung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge die Grundgehälter der besoldeten Magistratsmitglieder neu festgesetzt werden und zwar: Oberbürgermeister 120 000 Mk., Bürgermeister 90 000 Mk., Stadträte, Stadtschulräte, Stadtbauräte im 1. Dienstjahr 54 000 Mk., im 2. Dienstjahr 58 000 Mk., im 3. Dienstjahr 62 000 Mk., im 4. Dienstjahr 66 000 Mk., im 5. Dienstjahr 70 000 Mk., im 6. Dienstjahr 74 000 Mk. jährlich und zu diesen Grundgehältern die nach dem Beamtendienstleistungsgesetz vom 28. Dezember 1921 vom 1. Oktober 1921 ab zuzurechnenden Ortszuschläge treten. Wenn in den Genus dieser Bestimmungen auch die Stadträte kommen sollen, die seit einiger Zeit eine sehr einträgliche Privatnütigkeit ausüben, und außerdem noch ihr Gehalt

als städtische Beamte empfinden, wird es in der Stadtverordnetenversammlung wohl zu einer lebhaften Aussprache kommen.

Sonnenwendfesten.

Ein Fest unserer Vorfahren, das Jahr ehnte Hin- und her von der kapitalistischen „Kultur“ begraben schien, ist in den letzten Jahren wieder mehr und mehr erwacht. Es ist das Fest der Sommer-Sonnenwende, das die alten Germanen und auch viele anderen Völker beging, um den längsten Tag des Jahres und die glühende Mutter Sonne zu feiern. Feuer wurden auf den Bergen entzündet, man opferte Vieh, Getreide und Blumen den Göttern, und die Jugend schrie frohe Lieder auf. Das Christentum machte dann für Jahrhunderte das alte heidnische Fest unumgänglich. Aber die Johannistage hatte sich auf dem Lande bis in die jüngste Zeit erhalten.

Die neue Jugend hat das alte Fest zu neuen Ehren gebracht. In allen deutschen Ländern sind in diesen Tagen unzählige Johannistfeuer aufgeflammt. Häufig bekam die Feier einen reaktionär-nationalistischen Anstrich. Das aber hält die junge Garde der Arbeiterbewegung nicht ab, daß auch sie die Sonnenwende festlich begeht, hat doch gerade für sie die lodernde Flamme ihre tiefe symbolische Bedeutung. Noch gilt es, all die Herzen und Hirne der Millionen von Arbeiterklaven zu erheitern. Ein Gelächris unserer Jugend soll die Feiern werden, nicht nachzulassen im Kampf, bis alle Menschen aus den Ketten der kapitalistischen Sklaverei erlöst sind. Aber nicht nur an die Jugend geht der Ruf, zur Rettung an unserer Sonnenwendfeier, auch den Alten kann es nichts schaden, wenn auch ihre Herzen beim leuchtenden Johannistfeuer wieder einmal erglänzen.

An alle Jungen und Alten der Danziger Arbeiterbewegung ergeht daher der Ruf:

Auf zu unserer Sonnenwendfeier!

Die Jungsozialisten veranstalten ihre Feier am Sonnabend im idyllisch gelegenen Rahlbude. Um 7 Uhr erfolgt vom Heumarkt der Abmarsch. Die Nachzügler, sowie diejenigen älteren Parteigenossen, die den Heumarkt nicht mitmachen können, treffen sich um 10 Uhr in der Halle des Hauptbahnhofes, um mit dem 10-Uhr-Zug nach Rahlbude zu fahren. Von dem dortigen Bahnhof werden sie abgeholt und im Fackelzug gehts dann zum Festplatz. Die Feuerrede hält Gen. Soop. Im Rahlbuder Partikelokal findet dann noch eine Nachfeier statt.

Die Arbeiter-Jugendvereine

werden ihre Sonnenwendfeier am Sonnabend abend im Heurietenthal (nicht Rahlbude) begehen. Die Veranstaltung findet, entsprechend den internationalen Beschlüssen, für alle Vereine als gemeinsame Kundgebung statt und werden alle Gruppen zur vollständigen Beteiligung aufgefordert. Der Abmarsch der Hauptgruppen erfolgt in Danzig um 7 1/2 Uhr vom Otkauer Tor, Langsuhler um 8 1/2 Uhr vom Markt, Schildli um 7 1/2 Uhr vom Höhenweg. Die übrigen Gruppen nach örtlichen Vereinbarungen. Um 9 1/2 Uhr gemeinsamer Abmarsch von Friedenschluß. Jugendgenossen und Jugendgenossinnen sorgt für starke Beteiligung!

Das Einspruchsrecht städtischer Beamten bei Kündigungen.

Bisher hatte ein Beamter, dem seine Stellung aus einem wichtigen Grunde im Sinne des § 826 BGB. gekündigt ist, das Recht, innerhalb eines Monats nach Empfang der Kündigung den Vorstand des Preuß. Städtetages zur Nachprüfung der Frage, ob ein wichtiger Grund für die Kündigung vorgelegen hat, anzurufen. Diese Stelle ist nach der Abtrennung Danzigs vom Reich nicht mehr zuständig. Um jedoch einen gekündigten Beamten nicht der Möglichkeit der Beschwerde zu berauben, soll die Nachprüfung der Frage, ob ein wichtiger Grund zur Kündigung vorgelegen hat, dem Bezirksausschuß übertragen werden. Der Senat beantragt bei der Stadtverordnetenversammlung dieser Regelung zuzustimmen.

Vermißtes Mädchen. Verschwunden ist seit dem 16. d. Mts. das Dienstmädchen Gertrud Kempa, geb. am 24. 11. 05 zu Langsuhler, bisher in der Hindenburgkaserne in Stellung gewesen. Dem Vernehmen nach wurde sie am Abend des fraglichen Tages von einer unbekanntem Frauenperson abgeholt. Die Nachfrage bei den Eltern und Verwandten war bisher ergebnislos. Es ist anzunehmen, daß ihr ein Leid zugefallen ist. Die Vermißte ist 1,05 Meter groß, schlank, hat blaue Augen, blondes Haar, sie war bekleidet mit blauem Tuchkleid mit Kurbelkittler und weißen Schuhen. Zweckdienliche Mitteilungen erbittet Polizeipräsident, Abteilung 1 c, Zimmer 75.

Polizeibericht vom 28. Juni 1922. Festgenommen: 12 Personen, darunter 8 wegen Diebstahls, 2 wegen Urkundenfälschung, 1 wegen Konterbande, 1 wegen Körperverletzung, 1 wegen Sachbeschädigung. — Obdachlos: 4 Personen.

Standesamt vom 29. Juni 1922.

Todesfälle: Frau Maria Weibel geb. Pöbel, 40 J. 4 M. — T. des Heizungsmonteurs Paul Münchmeyer, 5 Tage. — Fleischermeister August Kranich, 96 J. 9 M. — Schneidermeister Adolf Gustav Wendel, 40 J. 6 M. — Frau Hedwig Graudenz geb. Meyer, 41 J. 8 M. — Elektromonteur Johann Roske, 85 J. — Unverheiratete Marie Frau, 88 J. 5 M. — Metallbrecher Arthur Behring, 88 J. 6 M.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	7,40	am Vortage	7,40
Amer. Dollar:	328	"	324
Englisches Pfund:	1455	"	1435

